95/96/00 Studiengebühren



Studiengebühren in Niedersachsen - die aktuelle Situation

Studiengebühren sind nach wie vor das wichtigste Thema in der Hochschulpolitik. Ihre Einführung würde für viele das Ende ihres Studiums bedeuten, noch mehr würden sich aufgrund der Kosten gegen ein Studium entscheiden. Eine Veränderung der Studiensituation werden sie für alle mit sich bringen [1][10]. Schon zum Wintersemester 04/05 Semester sind die Studienanfängerzahlen um 5,5% auf 360.000 zurückgegangen [2] [3]. Die Kultusministerkonferenz, die zu den Gebührenbefürwortern gehört, schreibt dies in einer internen Analyse der Debatte um die Gebühreneinführung zu. In einer Pressemitteilung [4] wird diese Position relativiert und die neuen Zulassungsbeschränkungen [5] werden mitverantwortlich gemacht. Seitdem die Zuständigkeit für Studien-

Seitdem die Zuständigkeit für Studiengebühren im Januar den Ländern zugesprochen wurde, gab es eine Vielzahl von Vorschlägen zur Realisierung, die sich teilweise widersprachen oder schon Stunden später widerrufen wurden. Auch in Niedersachsen hat sich einiges getan, allerdings meist hinter den Kulissen in inoffiziellen Gesetzentwürfen.

Nach den Plänen der Landesreaierung sollen die Gebühren zum Sommersemester 2007 für alle eingeführt werden. Erstsemester werden schon im Wintersemester 2006/07 zur Kasse gebeten, da für sie kein Vertrauensschutz bezüglich der Studienbedingungen gilt. Der Vertrauensschutz besagt, dass Studierende eine angemessene Zeit – in diesem Fall ein Jahr – haben müssen, sich auf veränderte Studienbedingungen einzustellen. Um zum Sommersemester 2007 Gebühren erheben zu können, muss also spätestens zum Anfang des Sommersemestes 2006 ein Gesetz zur Einführung von Studiengebühren ver-Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Studiengebühren in Niedersachsen - die aktuelle Situation Seite 1

Gebühren hintenrum - Haushaltbegleitgesetz statt NHG Seite 2

Studienkredite - Fakten und Folgen Seite 3

Verschlechtern Studiengebühren die Chancen auf einen Studienplatz? Seite 4

Wieso Studiengebühren? - Interessen des Staates Seite 5

Arumente für und gegen Studiengebühren Seite 6

Was tun? Was Tun! Seite 7

Literaturliste Seite 8

Kontakt Seite 8

Studiengebühren hintenrum -Haushaltsbegleitgesetz statt NHG

Eigentlich werden alle das Studium in Niedersachsen betreffenden Regelungen im Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) geregelt. So war es auch für die allgemeinen Studiengebühren geplant. Die ersten Entwürfe [11][6] enthielten auch die entsprechenden Paragraphen. Nun sollen die Gebühren aber über einen Paragraphen im Haushaltsbegleitgesetz eingeführt werden. Eine offizielle Begründung gibt es natürlich nicht, das ganze ist noch nicht öffentlich. Einige Gründe sind aber nahe liegend.

Das NHG wäre vielleicht nicht rechtzeitig fertig geworden. Um Gebühren zum Sommersemester 07 auch für bereits eingeschriebene Studierende erheben zu können, muss das Gesetz zum Ende des Jahres beschlossen sein. Da es zum NHG noch nicht mal einen offiziellen Entwurf gibt – alle

uns bekannten sind offiziell nicht existent – und es noch einen langen Weg über Anhörungen vor sich hat, bis es in den Landtag kommt, ist ein rechtzeitiger Beschluss fraglich. Das Haushaltsbegleitgesetz wird in der Dezembersitzung des Landtages beschlossen, ohne Anhörungen, der Entwurf wird wohl erst drei Wochen vor der Sitzung fertig sein. Damit kommen wir auch gleich zum zweiten Grund:

Vermeidung von Medienöffentlichkeit der Gebührenkritiker.

Da das Haushaltsbegleitgesetz ohne Anhörungen direkt verabschiedet wird, haben Kritiker der Gebühren weniger Chancen ihre Meinung einzubringen. Weder im Landtag, noch gut informiert in der Presse, denn sie müssen sich immer auf Gerüchte und Papiere stützen, die sie eigentlich gar nicht haben dürften, da sie nicht öffentlich sind. So wird den Studierendenvertretungen, Gewerkschaften und Hochschulleitungen die Möglichkeit einer offiziellen Stellungnahme zu dem Gesetz genommen. Zur Durchsetzung politischer Interessen werden hier Möglichkeiten zur demokratischen Meinungsäußerungen der politischen Gegner verhindert!

Stratmann hat kein Vertrauen mehr im Kabinett. Nach seinen unabgesprochenen Äußerungen zu Studiengebühren vor dem Landtag ist Stratmann in die Kritik seiner Regierung gekommen. Außerdem stehen durch den Wechsel von Ursula von der Leyen in die Bundesregierung Umbesetzungen im Landeskabinett an, bei denen Stratmann Gerüchten zu Folge leer ausgehen wird. Ein neuer Minister oder eine neue Ministerin müsste sich erst einarbeiten, das NHG würde dann sicherlich nicht zum Ende des Jahres fertig.

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 1

abschiedet sein. Normalerweise regelt das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) jegliche Form von Studiengebühren – auch die Verwaltungskostenbeiträge und Langzeitstudiengebühren, die direkt in den Landeshauhalt fließen. Auch für allgemeine Studiengebühren war eine Regelung über das NHG geplant, wird jetzt aber durch einen Paragraphen im Haushaltsbegleitgesetz ersetzt. (Mehr dazu siehe "Gebühren hintenrum")

Die Gebühren sollen 500€ pro Semester betragen und den Hochschulen zugute kommen – zweckgebunden für die Verbesserung von Studium und Lehre. Allerdings sieht der Zukunftsvertrag, den Hochschulen und Landesregierung Anfang Oktober unterzeichnet haben [6] dies nur vor, "soweit [es] nicht anders gesetzlich geregelt" ist. Dass die Gebühren per Haushaltsbegleitgesetz eingeführt werden, lässt eher darauf schließen, dass ein Teil im Landeshaushalt verschwinden wird. Selbst wenn die Gebühren vollständig an die Hochschulen gehen, gleichen sie kaum die Kürzungen der letzen Jahre und durch den Zukunftsvertrag aus. Zahlen müssen alle, Wissenschaftsminister Stratmann rechnet mit gerade mal 10% Ausnahmen. Seine Kollegen aus BadenWürttemberg und Nordrhein-Westfahlen setzen deutlich mehr an. Vielleicht ist die niedrige Schätzung auch taktisch, um die Hochschulen auf Linie zu halten. Denn wenn Studierende nicht zahlen müssen, entfallen die Gebühren auch als Einnahmen für die Hochschule, vom Land ersetzt werden sie nicht. Es gibt aber nur wenige Möglichkeiten von den Gebühren befreit zu werden:

- Erziehen von Kindern unter 12 Jahren
- Pflegen von nahen Angehörigen
- Im Urlaubssemester sein

Ausgenommen sind auch ausländische Studierende aus staatlichen Austauschprogrammen und ein paar weitere fast nie auftretende Fälle. Alle anderen müssen zahlen, egal ob sie Bafög beziehen, aus Namibia kommen oder sowieso schon 15 Stunden in der Woche arbeiten müssen. Genauso wie an dem restlichen Konzept kann sich aber auch an den Ausnahmen noch täglich etwas ändern – wohl aber kaum in Richtuna mehr Ausnahmen. Finanziert werden sollen die Gebühren über Kredite. Wie genau steht noch nicht fest, mehr dazu in "Studienkredite". Um Ausfälle bei den Krediten abzufangen, ist angedacht, die Hochschulen zu verpflichten mit 6% der Gebühren einen Ausfallfonds einzurichten. Aus deisem werden die Kreditgeber

bezahlt, falls die ehemaligen Studierenden nicht zahlen können. Von 575€ Studiengebühren (davon 75€ Verwaltungskostenbeitrag) gehen also 75€ direkt in die Landeskasse, 30€ zahlen die Hochschulen an Kreditanstalten. Die Langzeitstudiengebühren werden, entgegen erster Planungen, nicht entfallen. Sobald das Studienguthaben von Regelstudienzeit plus vier Semestern aufgebraucht ist müssen keine Studiengebühren mehr gezahlt werden. Statt dessen werden dann Langzeitstudiengebühren von mindestens 600€ (+75€ Verwaltungskosten) fällig. Diese gehen bis auf pauschal 5 Mio. für alle Hochschulen zusammen, direkt an das Land, das sich davon Einnahmen von 9,3 Mio. Euro im Jahr verspricht (bis jetzt 8 Mio.). Die Lanazeitgebühren erhöhen sich alle 2 Semester um 100€ auf maximal 800€ pro Semester.

Es kommt also noch einiges auf uns zu in diesem Semester. Das letzte Wort in Punkto Studiengebühren ist noch lange nicht gesprochen. Mehr Infos zu Studiengebühren gibt es in den weiteren Artikeln dieses Infos und regelmässig unter www.asta.tu-bs.de, www.bildungschadet-nicht.de und auf den Mensatischen.

Fortsetzung von Seite 2

Ein weiterer möglicher Grund: Die Gebühren sollen – zum Teil – doch direkt an das Land gehen.

Die Idee der Ausfallfonds für nicht zurückgezahlte Gebühren ist schon öffentlich geworden. Die Hochschulen kostet das 6% der Einnahmen, im Zukunftsvertrag steht aber weiterhin die vollständigen Gebühren würden den Hochschulen zugute kommen, eben "soweit nicht anders gesetzlich geregelt". Weitere Abzüge sind durchaus denkbar, auch die Langzeitstudiengebühren wurden den Hochschulen versprochen, gehen jetzt aber zum Großteil an das Land.

Was auch immer der Grund ist, es bedeutet für uns nichts Gutes. Unsere

Mitbestimmungsmöglichspärlichen keiten wurden ausaehebelt, die Wahrscheinlichkeit, dass die Hochschulen unser Geld nicht mal bekommen, ist gestiegen. Auch wenn Stratmann gehen muss, wird wohl kaum jemand kommen, der seine Politik an den Studierenden ausrichtet. Die Einführung von Studiengebühren über das Haushaltsbegleitgesetz ist eine Nichtbeachtung der Betroffenen und darf so nicht stehen bleiben. Immerhin soll das Gesetz auf der Dezembersitzuna des Landtaaes beschlossen werden, während der eine Demo in Hannover stattfindet Also hinkommen und Lärm machen. Sie wollen uns nicht hören – wir lassen ihnen keine Wahl

ditanstalt für Wiederaufbau (KfW), die ein umfassendes Kreditmodell plant [12]. Die KfW möchte nicht nur Studiengebühren sondern auch Lebenshaltungskosten von bis zu 650€ pro Monat durch Kredite finanzieren – max 10 Semester lang, zwei weitere Semester kann man auf Antrag für die Examensphase bekommen. Deckelung der Schulden bei 15.000€ wird es dabei natürlich nicht mehr geben, die Schulden steigen schnell auf 30.000€ oder mehr – Zinsen nicht eingerechnet (30.000€ = 10 Semester x 6 Monate x 500€).

Momentan mag das noch als Utopie erscheinen, die Diskussion um die Abschaffung des BAföG, lässt es aber immer näher rücken.

Doch auch ein "Schuldenhügel" von "nur" max 15.000€ wird auf viele schon abschreckend wirken. Wer möchte schon gerne jahrelang Schulden abstottern? Besonders treffen die Schulden diejenigen, die aus weniger wohlhabenden Familien stammen, denn sie müssen höhere Kredite aufnehmen. Sie werden es sich aber besonders genau überlegen, schlechte Erfahrungen mit Krediten und Verschuldung sind in ihren Familien viel wahrscheinlicher als wohlhabenden Familien. Bei den Absolventen trifft die Kreditfinanzierung besonders diejenigen, die finanziell nicht von ihrer Hochschulausbildung profitieren, sondern nur relativ schlecht bezahlte Arbeitsplätze – wenn überhaupt welche - bekommen haben. Sie brauchen länger für die Rückzahlung der Kredite und zahlen so mehr Zinsen.

nichten die soziale Gerechtigkeit der Studiengebühren, wird von Stratmann & Co. Aber trotzdem immer dazu herangezogen. Die Selektion wird nur weniger offensichtlich, schließlich hat so Jede und Jeder die Chance einen Kredit aufzunehmen um zu studieren. Die unterschiedlichen Hintergründe der Studienanwärter werden ausgeblendet – wer studieren will muss sich eben anpassen, oder "Eigenverantwortung" übernehmen, wie das im FDP-Deutsch heißt. Unrühmlich ist in diesem Zusammenhang auch die Rolle der Studierendenwerke, die als Vertriebspartner der KfW die Kredite an den Student bringen wollen. Damit unterstützen sie nicht nur die soziale Selektion der Studierenden, sie verdienen sogar noch Geld daran. 200€ Provision pro Kredit sind angedacht.

Die Kreditfinanzierung sichert also mit-

Studienkredite - Fakten und Folgen

Das Studierende nicht unbedingt 500€ pro Semester übrig haben ist auch StudiengebührenbefürworterInnen (zumindest einigen) klar. Deshalb sollen Studierende sie - und bei Abschaffung des BAföG auch ihre Lebenshaltungskosten durch "zinsgünstige" Kredite finanzieren können, die erst nach dem Studium zurückgezahlt werden müssen. Wissenschaftsminister Stratmann hat in Niedersachsen schon ein entsprechendes Modell angekündigt, ist dafür allerdings intern in die Kritik gekommen, denn der Finanzminister – der jetzt wohl die Hoheit über die Gebühren bekommt (siehe "Haushaltsbegleitgesetz") - sieht einiges anders. Ich stelle das Modell hier trotzdem vor und merke an, wo mir Kritik und Gegenvorschläge bekannt sind. Die Kredite soll die Landestreuhandstel-

le in Verbindung mit der Förderbank zu Zinssätzen von 5%-7,5% ausgegeben werden. Die Rückzahlung beginnt zwei Jahre nach dem Studium, sofern die Studierenden über ein Einkommen von 1000€ oder mehr verfügen – ob brutto oder netto gemeint ist, ist mir nicht bekannt. Die Gesamtverschuldung – inklusive BAföG soll wohl auf 15.000€ begrenzt sein. Schon wenn nur die neuen Studiengebühren durch Kredite finanziert werden kommen große Schuldenberge auf die Absolventlnnen zu. Zur Verdeutlichung zwei Rechenbeispiele: Studentin a bezahlt nur die 500€ von dem Kredit, den Lebensunterhalt finanzieren ihre Eltern. Sie kommt problemlos

mit dem Studium klar, es werden immer

alle Vorlesungen die sie braucht angeboten und ihre Kreditanstalt will nur 5% Zinsen haben. Sie nimmt 10 Semester lang jeweils 500€ Kredit auf und zahlt diese zwei Jahre nach Beendigung des Studiums sofort vollständig zurück, da sie einen gut bezahlten Arbeitsplatz in einer Unternehmensberatung bekommen hat und außerdem aus Karrieregründen noch keine Kinder hat, die sie finanzieren muss. Sie zahlt etwa 6400€ an die Kreditanstalt.

Studentin b nimmt 700€ Kredit pro Semester auf, um auch die restlichen Semestergebühren und Beiträge zu finanzieren. Sie jobbt nebenbei da sie kein BAföG bekommt, ihre Eltern aber nicht für ihren vollen Lebensunterhalt aufkommen können. Sie braucht 14 Semester für ihr Studium, ist also noch keine "Langzeitstudentin". Nach dem Studium entscheidet sie sich für eine wissenschaftliche Karriere und verdient 1100€ netto (entspricht etwa einer halben Stelle als Doktorandin, halbe Stellen sind üblich, arbeiten tut mensch dann meist trotzdem für eine ganze). Sie zahlt 200€ im Monat zurück, ihr Kredit hat 7,5% Zinsen. Zwei Jahre nach dem Studium betragen die Schulden 15.000€, sie braucht 8 Jahre für die Rückzahlung und hat ihren Kreditgebern insgesamt über 18.800€ überwiesen, davon 9000€ Zinsen.

Finanzminister Möllring ist gegen eine Vergabe der Kredite durch die Landestreuhandstelle, wahrscheinlich befürwortet er eine Vergabe über die Kre-

Verschlechtern Studiengebühren die Chancen auf einen Studienplatz?

Seit diesem Semester gelten in Niedersachsen und anderen Bundesländern neue Regelungen für zulassungsbeschränkte Studiengänge. Anhand von Kriterien wie gewichteten Abiturnoten, Einstellungstests, persöhnlichen Gesprächen und schriftlichen Motivationsbekundungen dürfen die Hochschulen sich die Studierenden selbst aussuchen (mehr dazu siehe [1], [2]).

Im Zusammenhang mit Studiengebühren, die an die Hochschulen - oder falls

Auch wenn der Zukunftsvertrag – so er denn eingehalten wird – die Haushaltsmittel der Hochschulen bis 2010 festschreibt, werden Studiengebühren wohl eine wichtige Einnahmequelle für die Hochschulen sein, denn die festgeschriebene Situation impliziert weitere Kürzungen der Etats. Die Geldfrage wird auch bei der Auswahl von Studierenden aufkommen – nicht weil in den Hochschulen das Böse herrscht, sondern weil in Zeiten chronischer Unterfinanzierung

den Hochschulen nicht gern gesehen sein, denn Langzeitstudiengebühren gehen an das Land. Im Gegensatz zu Studierenden mit Kind kann man sie auch einfach ablehnen, denn eine Arbeit nebenbei kann schnell als mangelndes Interesse am Studium ausgelegt werden. Zusätzliche Gebührenbefreiungen von Seiten der Hochschule werden wohl nicht die Regel sein und wenn, dann eher für Studierende mit guten Noten, als für welche, die es finanziell nötig

Die Kombination von Studiengebühren und neuen Zulassungsregeln wird also die Wirkung der Ausnahmen beeinträchtigen, da die Chance auf einen

Studienplatz Studierende, die keine Gebühren zahlen, sinkt. Vielleicht rechnet Wissenschaftsminister Stratmann deshalb mit nur 10% befreiten Studierenden - die anderen bekommen gar keinen Studienplatz. Schuld daran ist nicht nur die Einführung von Studiengebühren und neuen Zugangsregelungen an sich, sondern auch das konkrete Gebührenmodell. Würde das Land für die Gebühren der ausgenommenen Studierenden aufkommen, gäbe es dass Problem gar nicht. Das macht Studiengebühren

zwar nicht besser, wäre für einige aber eine wichtige Hilfe, sie zu ertragen.



mensch befreit ist eben auch nicht - gezahlt werden, ergeben sich neue Probleme für finanziell schwächer gestellte Studierende. Denn bei diesem Gebührenmodell bedeutet jede Studierende, die von den Gebühren befreit ist, einen Ausfall bei den Einkünften der Hochschule. Duch unterschiedliche soziale Zusammensetzung der Studierendenschaft erhalten die Hochschulen also mehr oder weniger Gebühren pro Studierendem. An Fachhochschulen gibt es beispielsweise mehr Studierende mit Kind, dafür werden sie in Zukunft durch weniger Einnahmen bestraft.

jeder Euro doppelt verplant ist und die Entscheidung der Hochschulleitung und der Lehrenden beeinflusst. Bewusste Entscheidungen, Gebührenbefreite möglichst abzulehnen, sind natürlich auch denkbar, ich möchte sie aber nicht unterstellen.

Studierende, die neben dem Studium arbeiten, anstatt nur Kredite aufzunehmen, werden es noch schwerer haben. Nicht nur, dass sie die zusätzlichen Studiengebühren erarbeiten müssen, da sie weniger Zeit für das Studium haben und so leichter in die Langzeitstudiengebühren kommen, sie werden auch an

Wieso Studiengebühren? -Interessen des Staates

Studiengebühren sollen eingeführt werden, da sind sich fast alle Politiker einia, zumindest hinter den Kulissen. Wie ernst die Beteuerungen der Rot-Grünen zu nehmen sind, sieht man beispielsweise an der großen Koalition in Schleswig-Holstein, die entgegen den Beteuerungen der SPD keine Gebühren einzuführen nun doch dabei ist. Auch in NRW währe es im Falle eines SPD-Wahlsieges wohl nicht anders gekommen, denn Steinbrück hat schon in seinen Wahlkampfreden nur davon gesprochen, das niemand wegen mangelnden finanziellen Mitteln am Studium gehindert werden sollte. Und diese Form der "Sozialen Gerechtigkeit" schreiben sich auch die Befürworter der Gebühren oder "Beiträge", wie sie jetzt so schön heißen, auf die Fahnen.

Aber wieso wollen sie denn alle auf einmal die Gebühren? Ist eine Verschwörung gegen das Wissen, Dummheit gekoppelt mit Geldnot, oder steckt doch etwas dahinter? Welche Vorteile haben Studiengebühren also für Staat und Wirtschaft, oder welche Vorteile verspricht man sich zumindest von ihnen?

Die Staats- und Landeskassen sind leer, da die Steuereinnahmen durch Steuersenkungen ständig sinken. Diese Löcher sollen durch Kürzungen im Sozial-, Bildungs-, und Kulturbereich gestopft werden, da diese Bereiche nicht direkt der Steigerung der Produktivität dienen. Entstanden sind die Haushaltslöcher durch bewussten Verzicht des Staates auf Steuereinnahmen. Die Haushaltssituation, die jetzt als Argument für den Rückzug des Staates aus Bildung und sozialer Sicherung genutzt wird, ist nicht - ode rnur bedingt - durch Misswirtschaft entstanden, sondern bewusst erzeugt worden.

Studiengebühren "verbessern die Lehre" in Bezug auf ihre Verwertbarkeit am Arbeitsmarkt. Es sollen in Zukunft Menschen ausgebildet werden, die besser den Erfordernissen des Arbeitsmarktes entsprechen. Berufe mit guter finanzieller Verwertbarkeit und Aussicht auf gute Einkünfte machen die Akzeptanz von Gebühren für die Ausbildung als Investition in "Humankapital" größer

als Berufe mit geringer finanzieller Verwertbarkeit. Hier haben die Gebühren eine klare Steuerungswirkung weg von Geisteswissenschaften und grundlegenden Naturwissenschaften hin zu angewandten Studiengängen.

Außerdem soll durch die zusätzlichen Kosten die durchschnittliche Studiendauer gesenkt werden, was die Ausbildung des Einzelnen billiger für den Staat macht. Studiengebühren sind hier nur ein Instrument, die zunehmende Verschulung der Studiengänge und die Umstellung auf Bachelor/Master tut ihr übriges.

Studiengebühren dienen auch der Selektion von Studierenden. Studierende, die sich Zeit lassen, oder länger brauchen, weil sie nebenbei arbeiten müssen, sind nicht erwünscht. Sie verringern den Durchfluss durch die Hochschulen und heben das Verhältnis von Studierenden zu Absolventen an. Die vielbeschworene "Soziale Gerechtigkeit" wird in Form einer "Chancengleichheit" durch Kredite zur Finanzierung des Studiums hergestellt. Wer das Risiko eingehen möchte sich zu Verschulden, um später eventuell viel Geld zu verdienen, darf es eingehen, egal ob arm oder reich. Zielstrebige Studierende, die sich möglichst freiwillig dem System der Konkurrenz um Bildungschancen, Arbeitsplätze und Lebensqualität unterordnen und bereit sind hohe Risiken für einen Erfolg einzugehen werden bevorzugt. Dabei sind die Risiken um so höher, je schlechter der finanzielle Hintergrund der StudienanwärterInnen sist.

Bildung soll zur Ware werden. Bildung bringt Menschen etwas, also können sie auch dafür zahlen. Wer später mehr Geld verdienen möchte, hat dazu mit einem Hochschulabschluss wesentlich bessere Chancen. Dafür soll auch investiert werden. Jeder muss in sein eigenes Humankapital investieren, um später mehr wert zu sein auf dem Arbeitsmarkt. Ein weiterer Aspekt ist der Export von Bildung. Der vielgerühmte "Exportweltmeister Deutschland" ist auf dem Gebiet des Bildungsexports Entwicklungsland. Als Vorbild dienen hier die USA und Australien, die durch

hohe Studiengebühren viel Geld von ausländischen Studierenden einnehmen. Zusammen mit einem Programm für "Eliteuniversitäten" sollen auch in Deutschland reiche AusländerInnen ausgebildet werden und Geld in die Kassen der Universitäten und des Staates spülen.

Wird dies Erfolg haben?

Wahrscheinlich schon, zumindest wenn man Erfolg definiert als "das von der Politik gewünschte Ziel erreicht". Gleichzeitig mit der Kommerzialisierung der Bildung werden Sozialleistungen weiter abgebaut, was die Angst vor Arbeitslosigkeit oder schlecht bezahlten Arbeitsplätzen weiter schürt. Studiengebühren, Schulgeld, Kitagebühren oder berufliche Weiterbildung zahlt man gern wenn die Alternativen Hartz IV, niedrige Renten und schlechte Krankenversorgung sind. In Zukunft muss zunehmend selbst für Kranken- und Altersversorgung gesorgt werden. Es ist hier unumgänglich, dass man selbst und die Kinder gut für den Arbeitsmarkt ausgebildet sind, um die Kosten der privaten Vorsorge zu tragen.

Nun, das Prinzip scheint ja aufzugehen, was kritisieren wir dann daran? Das Prinzip an sich!

Bildung sollte ein gemeinschaftliches Gut sein, nichts womit man handeln kann, was einige haben und andere nicht. Bildung ist notwendig, um sich aktiv am politischen und gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Das Ziel der Bildung sollte nicht die Ausbildung einer Arbeitskraft, sondern die Emanzipation des Einzelnen sein. Bildung muss Menschen ermöglichen ihre eigenen Interessen wahrzunehmen und gleichzeitig die Interessen ihrer Mitmenschen zu erkennen und zu respektieren. Zum freien, gleichen und friedlichen Zusammenleben ohne Vorurteile und gegenseitige Ausbeutung, ist Bildung die allen gleichermaßen, ohne jegliche finanzielle oder anderweitige Beschränkung zugänglich ist, unumgänglich.

Eine Senkung der Staatlichen Ausgaben für Bildung ist grundsätzlich abzulehnen. Als gemeinschaftliches Gut sollte Bildung auch von der Gemeinschaft finanziert werden. Versprechen, das Stu-Fortsetzung auf Seite 6

Argumente für und gegen Studiengebühren

Welche Argumente werden genannt? Die Argumente der verschiedenen Positionen, die für oder gegen die Einführung von allgemeinen Studiengebühren (StG) sprechen, drehen sich häufig um die Themen soziale Gerechtigkeit, Verfügbarkeit öffentlicher Gelder und die Qualität des Studiums. Abschließend werden Argumente mit ähnlichem Kerninhalt einander gegenübergestellt:

(1)Pro StG: "Ein System nachgelagerter Studiengebühren, bei dem Studierende ihre finanziellen Beiträge nach Abschluß des Studiums und Aufnahme eines Berufs in angemessener Höhe an die Hochschulen entrichten, belastet nicht die Chancengleichheit".

Contra StG: "Studierende aus einkommensschwachen Familien werden im Verhältnis stärker durch Studiengebühren belastet als Studierende aus besser verdienenden Familien. Schon jetzt sinkt der Anteil der Studierenden aus sozial schwächeren Verhältnissen (von 23% 1982 auf 13% 2000). Der Hochschulzugang muss aber einkommensunabhängig sein, um Bildungsprivilegien zu vermeiden. Selbst darlehensgestützte Studiengebühren erschweren Studie-

renden aus einkommensschwachen Familien die Entscheidung für ein Studium, weil sie entgegen wohlhabenderen KommilitonInnen länger finanziell gebunden sind, d.h. ein Studium verliert deutlich an Attraktivität. Schon heute gibt es jedoch zu wenige Hochschulabsolventen."

(2)Pro StG: "Die leeren Staatskassen machen eine private Beteiligung an der Hochschulfinanzierung zur Notwendigkeit"

Contra StG: "Das Argument der leeren Kassen orientiert sich an einer untergeordneten Gewichtung der Hochschulpolitik und dem mangelnden Willen, dem Hochschulsektor mehr Finanzmittel Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 5

diengebühren zusätzliche Einnahmen für die Hochschulen darstellen, sind insofern unglaubwürdig, als dass erst vor kurzem der Etat der Hochschulen stark gekürzt wurde. In Niedersachsen sieht beispielsweise selbst der Zukunfsvertrag, der die Hochschulen vor weiteren Kürzungen sichern soll, implizit weitere Verluste vor, da Leistungen, die früher das Land erbracht hat nun von den Hochschuler erbracht werden müssen.

Eine Ausrichtung der Bildung am Arbeitsmarkt steht im Konflikt zu ihrem Emanzipatorischen Auftrag. Das dieser Auftrag in der Politik momentan nicht hoch geschätzt wird, macht ihn nur noch wichtiger. Ohne unabhängige Forschung und Lehre wird es keine kritische Auseinandersetzung mit der Wissenschaft und unserer Gesellschaft geben. Technischer Fortschritt ist nicht alles. Menschlicher Fortschritt, also ein Abbau der Unterdrückuna und eine Förderung von Gleichberechtigung, gegenseitigem Verständnis und Respekt für andere Kulturen und Lebensarten, ist wesentlich wichtiger. Bevor der Mensch neue Technologien entwickelt, sollte er zuerst die schon vorhandenen verstehen und ihre Folgen einschätzen können. Genau die Studienfächer, die sich mit solchen Themen befassen sind aber wenig profitabel und der wirtschaftlichen Entwicklung eher schädlich als zuträglich. Sie werden durch die Ausrichtung der Hochschulen an der Wirtschaft geschwächt.

Ein schnelleres Studieren in strafferen

Studienordnungen und mit finanziellem Druck verhindert, dass sich Studierende neben ihrem Fach mit anderen fachfremden Inhalten beschäftigen. Dieser "Blick über den Tellerrand" ist aber wichtig für die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Wissenschaft und der Gesellschaft.

Ein Bildungssystem, das es sich zum Auftrag macht, zu selektieren, wer später in welcher Berufssparte landet, kann den Emanzipatorischen Auftrag den wir in einem Bildungssystem sehen, nicht erfüllen. Selektion verstärkt Vorurteile zwischen den verschiedenen Gruppen und verhindert damit Gleichberechtigung in der Gesellschaft. Statt eines selektiven Systems ist eine Förderung gemäß den individuellen Interessen und Voraussetzungen nötig. Das Ziel des Bildungssystems sollte nicht sein auszusortieren, wer Manager wird und wer Hartz IV-Empfänger, sondern alle auf einen ihren Interessen entsprechenden Bildungsstand zu bringen.

Es darf nicht als Hindernis gelten, wenn jemand länger dafür braucht, als andere

Wird Bildung als Ware gehandelt, als Qualifikation die man erwerben und dann an einen Arbeitgeber verkaufen kann, so fällt zuerst einmal auf, das es sich da um eine seltsame Ware handelt. Was man da zu kaufen meint muss man sich ja noch selbst erarbeiten. Kaufen tut man also nicht die Bildung selbst, sondern die Hilfe dabei, diese zu erreichen,

und den Abschluss, mit dem man sich dann auf dem Arbeitsmarkt anbieten kann. Grundsätzlich sollte Bildung, wie oben gesagt, aber das Ziel der Emanzipation verfolgen, nicht das Ziel der Schaffung von "Ressource Mensch".

In der internationalen Politik sollte der Austausch von Wissen und Bildung immer das Ziel des gegenseitigen Verständnisses und damit des friedlichen und gleichen Zusammenlebens verschiedener Kulturen haben. Wird Bildung nur an Reiche verkauft, kann dieses Ziel nicht erreicht werden.

Insgesamt kann man zusammenfassen, das die Politik nicht planlos an die Einführung von Studiengebühren geht. Vielmehr wird der Plan, die weitere Ausrichtung von Bildung an der Wirtschaft und die weiter verstärkte Selektion von Studierenden, nicht öffentlich vertreten. Statt dessen wird von "sozialer Gerechtigkeit" und einer "Verbesserung der Lehre" gesprochen, unter der wir uns natürlich etwas ganz anderes vorstellen, als gemeint ist.

Dieser Plan macht die Einführung von Studiengebühren aber keinesfalls akzeptabler, denn die Überlegungen die dahinter stehen nehmen die Verstärkung der Selektion und der Kommerzialisierung von Bildung nicht nur hin, sie haben sie explizit als Ziel. Bildung und ihre Früchte müssen als gemeinschaftliche Güter aber unabhängig vom Interesse einzelner Gruppen für alle gleichermaßen unbeschränkt zugänglich sein.

Fortsetzung von Seite 6 zu weisen, aber nicht an den tatsächlichen Bundes- und Länderhaushalten."

(3) Pro StG: "Angesichts der Sparzwänge in den Ländern wird es sich auf Dauer wohl kein Land mehr leisten können, auf die Erhebung von Studiengebühren zu verzichten. Vorausgesetzt, die Gebühren kommen den Universitäten direkt zugute und verschwinden nicht im Haushalt des Finanzministers, werden also zur Deckung anderer Kosten herangezogen. Die Studienbedingungen verbessern sich durch die Zahlungen von StG."

Contra StG: "Sie sichern in keiner Weise die Qualität der Hochschulbildung. Gewinnorientiertes Hochschulmanagement stellt keineswegs beste Leistung zu geringstem Preis bereit. Auch ist unklar, wer diese angebliche Qualität definieren soll. Zudem zeigen die jüngsten Kürzungen im Hochschulbereich, dass sich der Staat aus seiner Verantwortung zurückzieht und selbst wenn die Gebühren an den Hochschulen verbleiben würden (was nach den Erfahrungen mit dem Verwaltungskostenbeitrag auch unklar ist) sinkt die Qualität weiter, durch den Abbau der staatlichen Zuwendungen."

(4)Pro StG: "Dass das Studium durch den Steuerzahler finanziert wird, ist ungerecht. Polemisch verkürzt: Jeder Arbeiter zahlt das Studium der Fabrikantenkinder. Es kann doch nicht sein, dass Nichtakademiker über ihre Steuern das Studium finanzieren.

Contra StG: "Das Argument ist selbstgebacken. Wenn Politiker behaupten, dem Mißstand entgegenzuwirken, dass Geringverdiener durch Steuern die Ausbildung von Akademikern finanzierten, muss man bedenken, dass eben diese Politiker die Steuerregelung selbst gemacht haben und durch Steuerentlastungen für Besser-verdienende und Steuersenkungen noch begünstigen. Sie geben damit also zu, das die gängige Praxis, dem "Arbeiter" mehr Geld abzunehmen als dem "Fabrikanten" ungerecht ist. Außerdem wären StG für Abiturientlanen aus einkommensschwachen Verhältnissen eine schwerere Belastung als eine gesamtgesellschaftliche, steuerliche Belastung und würden die Bedingungen für ein Hochschulstudium für diese daher noch verschlechtern."

(5)Pro StG: "Akademiker sollen das, was sie an der Uni an Zuwendungen erhalten haben, als Berufstätige zurückzahlen"

Contra StG: "Ein auf StG basiertes Studium fördert die ökonomische Ausrichtung der Studienentscheidung nach dem Prinzip der bestmöglichen Rendite. Gesellschaftlich und kulturell notwendige Bildungsbereiche mit wenig messbarem ökonomischen Nutzen würden zurückgedrängt."

(Die Pro StG – Argumente von CDU Politikern, wie dem bayrischen Wissenschaftsminister Thomas Goppel, SPD "Netzwerkern", wie Sigmar Gabriel sowie von Romanus Otte (Wirtschaftsjournalist) sind Ausgaben der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (November 2003) und der Finanzial-Times-Deutschland (Dezember 2003) entnommen. Die Contra StG-Argumente von verschiedenen ASten, darunter der AStA der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Hamburg, sind deren Positionspapieren entnommen.)

Was tun? Was tun!

Was kann mensch noch tun gegen die Einführung von Studiengebühren? Ist nicht sowieso schon alles beschlossen und macht "die Politik" nicht sowieso, was sie will? Leider ist das nicht ganz falsch, aber können und müssen wir uns das gefallen lassen? OK, rhetorische Frage, aber trotzdem nein.

Wenn wir uns jetzt nicht gegen die Einführung von Studiengebühren wehren - und da braucht es wohl ein bisschen mehr als eine kleine Demo – zahlen unsere Kinder schon ab der Grundschule. Über Rente und Arbeitslosengeld brauchen wir uns dann bald auch keine Gedanken mehr machen, zum Leben wird es eh nicht reichen. Natürlich wird das durch ein bisschen Protest gegen Studiengebühren nicht verhindert, durch ein bisschen mehr auch nicht, aber wir müssen einfach verstärkt den Zusammenhang zwischen Kürzungen im Bildungs- und im Sozialsektor sehen; Sie erfolgen beide nach dem Prinzip des Rückzug des Staates und der Forderung nach mehr "Eigenverantwortung" der Betroffenen. Wir müssen deshalb öffentlich zeigen, dass wir uns unser Recht auf gebührenfreie Bildung (siehe Kasten Seite 8) nicht einfach nehmen lassen. Nur so können wir andere, denen es oft noch viel schlechter ergeht, ermutigen auch für ihre Rechte und Interessen einund aufzustehen. Nicht nur dass Studiengebühren eingeführt werden, verdient Protest, die Art wie sie eingeführt werden (siehe "Haushaltsbegleitgesetz") tut es erst recht.

Aber auch aus sehr direkten und persönlichen Gründen ist es sinnvoll noch Widerstand zu leisten. Wenn wir mit der Einführung von Gebühren rechnen, bedeutet jedes Semester, um das die Einführung verschoben wird, 500€ mehr in unserer Tasche. Vielleicht nicht gerade ein edler Grund für Proteste, aber trotzdem ein guter.

Nach der Frage wieso nun zur Frage

Zuerst: es gibt keinen festen Weg für Proteste, jeder Mensch muss für sich selbst sehen, wie weit er oder sie gehen möchte und welche Protest- und Widerstandsformen angemessen erscheinen. Von Leserbriefen in Zeitungen über angemeldete Demos und Boykottaktionen zu Straßenblockaden, Besetzungen etc. ist alles möglich. Am 8.12. wird es beispielsweise eine große Demo in Hannover geben. Pünktlich zur Landtagssitzung, in der über das Gebührengesetz abgestimmt werden soll. Eine Woche früher, am 2.12., gibt es in Bremen eine Großdemo – hier soll nicht nur gegen Studiengebühren gewettert werden, sondern vor allem der Zusammenhang zwischen den "Reformen" im Bildungswesen und denen im Sozialwesen deutlich gemacht werden. Im Anschluss findet am Wochenende der Kongress "Für eine solidarische Gesellschaft" statt. Hier geht es nicht nur um Kritik an der Politik. sondern auch um Alternativen.

Ohne Alternativen – ob nun direkt umsetzbar oder utopisch – werden wir kaum eine Chance haben. Mit einem reinen "Dagegen" begeistern wir nur schwer andere Menschen, auch kann uns immer vorgeworfen werden, wir würden nicht mit dem Thema beschäftigen und einfach nicht zahlen wollen. Eine fundierte Kritik an den Plänen und auch an der aktuellen Situation ist natürlich auch nötig, um eigene Ideen mit Argumenten zu unterfüttern.

Mit der Entwicklung neuer eigener Ansätze, und der notwendigen Kritik alter, beschäftigen sich beispielsweise auch Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

offene Vernetzungsstrukturen, die sich im letzen Jahr herausgebildet haben. Am **4.-6.11** findet beispielsweise ein Treffen in Flensburg statt. Dort ist jedeR willkommen. Niemand muss gewählt werden oder irgendwelche Qualifikationen mitbringen. Die Motivation selbst zu denken ist alles. Wir beschäftigen uns aber nicht nur mit Theorie, sondern genauso mit der Planung von Aktionen, Demos etc. Wenn du Interesse hast dir so etwas einmal anzugucken: einfach mal melden, Kontaktdaten finden sich am Ende des Infos. Die Broschüre "YA BASTA! Freie Bildung für alle!", die in Kürze erscheint (online gibt es sie schon) ist aus diesen Vernetzungsstrukturen heraus entstanden.

Auch in der Verfassten Studierendenschaft gibt es viele Möglichkeiten sich zu engagieren, auch ohne sich wählen lassen zu müssen. Aber Engagement außerhalb von schon bestehenden Strukturen ist natürlich genauso möglich und nötig – JedeR wie er/sie mag. Wichtig ist, dass wir uns eigene Gedanken machen, nicht wo.

Recht auf gebührenfreie Bildung?!

Schon vor über 20 Jahren hat die BRD einen Vertrag der Vereinten Nationen Ratifiziert, der unter anderem besagt, dass das Studium Gebührenfrei sein muss. Der internationale Vertrag hat dadurch den Status von Bundesrecht - nur einklagen kann man dieses Recht nicht. Der Vertrag ist unter dem namen "Sozialpakt" bekannt, der vollständige Titel lautet "Internationaler Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Wörtlich heisst es dort: "Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf Bildung an. Die Vertragstaaten erkennen an, dass im Hinblick auf die volle Verwirklichung dieses Rechts der Hochschulunterricht auf jede geeignete Weise, insbesondere durch allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit, jedermann gleichermaßen entsprechend seinen Fähigkeiten zugänglich gemacht werden muss." (Art. 13 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Buchstabe c IPwskR).

Mehr dazu im Ya-Basta-Reader [10]

Literatur

Hier sind einerseits die Literaturangaben aus den Texten aufgelistet, andererseits noch zusätzlich Quellen für Informationen zum Thema Studiengebühren.

- [1] http://www.bildung-schadet-nicht.de/content/view/70/45/
- [2] http://www.n-tv.de/578838.html
- [3] http://www.his.de/Service/Publikationen/Presse/pm-kia200510
- [4] http://www.kmk.org/aktuell/pm050915.htm
- [5] http://www.asta.tu-bs.de/asta info/WiSe0405 Nr02.html#nhzg
- [6] http://www.mwk.niedersachsen.de/master/C13754617 L20 D0 I731.html
- [7] http://www.bildung-schadet-nicht.de/downloads/NHG29062005.pdf
- [8] http://www.newsclick.de/-> Suche nach Studiengebühren
- [9] http://www.bildung-schadet-nicht.de/downloads/rundblick_174_A4.pdf [10] Ya Basta Reader online unter http://www.bildung-schadet-nicht.de/downloads/reader.pdf
- [11] http://www.bildung-schadet-nicht.de/component/option,com_remository/lte-mid,51/func,fileinfo/filecatid,8/parent,category/
- [12] http://www.kfw-foerderbank.de/DE_Home/KfW_Foerderbank/Aktuellesa62/KfW-Studie.jsp

Weitere Informationsquellen: www.asta.tu-bs.de www.bildung-schadet-nicht.de www.abs-online.de www.studis-online.de

Gebührenbefürworter finden sich unter:

www.che.de (Centrum für Hochschulentwicklung, ein sogenannter "ThinkTank", fnanziert durch Bertelsmann)

www.kmk.org (Kultusministerkonferenz)

Alle möglichen Studien gibt es unter. www.bildungsserver.de www.bildung-schadet-nicht.de->Material

Kontakt

AStA: asta<ät>tu-bs.de

Referent für Hochschulpolitik und Autor der meisten Artikel dieses Infos: j.guetschow<ät>tu-bs.de

ViSdP: AStA TU Braunschweig, Katherinenstr. 1 38106 Braunschweig